

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 3. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der englische Eisenbahnerstreik verloren.

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.) Aus London wird berichtet, daß der Premierminister am Mittwoch zwei Konferenzen mit den Arbeitervertretern gehabt hat...

Streik aufgefördert hatte, erklärt jetzt, daß er für die Begrenzung des Konflikts arbeite. Auch Smilie sprach sich mit Rücksicht auf die Interessen des Landes gegen den Generalstreik aus.

Nach dieser Meldung muß angenommen werden, daß der Streik für die englischen Eisenbahner verloren ist. Nachdem der Streik als solcher nicht die für sein Gelingen nötige Macht besaß...

Kein Rücktritt der Sowjetregierung.

Der Stockholmer Vertreter der Sowjetregierung Fredrik Strom erklärt die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt der Sowjetregierung für vollständig unbegründet.

Wir haben die Meldung, die vor einigen Tagen von Wolff verbreitet wurde, trotz ihrer angeblich amtlichen Herkunft von Washington mit einem hinreichend großen Fragezeichen versehen.

Welche Gefahr es birgt, die Öffentlichkeit mit leichtfertigen Nachrichten zum Narren zu halten, scheint man sich in den Redaktionen dieser Blätter nicht genügend zu vergegenwärtigen.

Krieg um Fiume!

Die „Neue Zürcher Ztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift von südslawischer Seite, wonach in ganz Südslawien große Erregung herrsche. Diese Erregung, welche gegen das ohnmächtige Deutsch-Österreich schamlose Mäuserie getrieben hat...

Weiter empört sich die „öffentliche Meinung“, will sagen die Belgrader Imperialisteneclique auch gegen die Bestimmung des Friedensvertrages über den Schutz der Minderheiten...

Aber auch die italienischen Kriegsheer rühren sich kräftig. Der ehemalige Sozialist Mussolini bezeichnet in seinem Blatt „Popolo d'Italia“ den Ministerpräsidenten Ritti als einen unheilvollen und niederträchtigen Söldner.

Vielleicht aber bereitet das kriegsmüde Volk den Hebern ein kaltes Bad bei den Wahlen — vielleicht!

Blutiger Zusammenstoß in New York-Hoboken.

Canas-Kenter meldet, daß in Hoboken freilebende Arbeiter einen Straßenbahnwagen, der von Arbeitern der Gasfabrik geführt wurde, angriffen.

Antibritisches aus Persien.

(Drahtung unseres Genfer Mitarbeiters.) Aus Anlaß einer Kundgebung in der Nähe des Königschlusses zu Teheran gegen das „Zusammegucken“ mit England wurden eine Anzahl angesehener Persönlichkeiten verhaftet...

Französisch-deutsche Entspannungsbestrebungen.

Aus der Erklärung, die Maurice Barres gestern in der französischen Kammer abgegeben hat, ist noch hervorzuheben, daß er verlangte, daß alle Maßregeln getroffen werden, um die Rheinlande durch Handel, Verkehrseinrichtungen...

Er hoffe alsdann, daß diese Auffassung des Friedens bei den Rheinländern, ja selbst im gesamten Deutschland eine wünschenswerte Entspannung der Lage auf beiden Seiten herbeiführen werde.

Zu dieser Äußerung sagt „Heure“: Wir dürfen also hoffen, daß die Rechtsparteien auf ihre chauvinistischen und engen nationalistischen Heßkampagnen in Zukunft verzichten werden...

Eine billige Verleumdung.

(Drahtbericht unseres elsässischen Korrespondenten.) Der elsässische Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Behauptung französischer Blätter, der lothringische Bergarbeiterstreik sei mit deutschem Geld inszeniert worden.

Reaktionäre Initiativen in der Schweiz.

(Drahtbericht unseres Schweizer Korrespondenten.) Eine Initiative westschweizerischer Industrieller gegen das schweizerische Arbeitsetzgesetz (18-Stundenwoche) ist mit 55 000 Unterschriften zuhande gekommen.

Buchdruckerstreik in der Westschweiz.

(Drahtbericht unseres Schweizer Korrespondenten.) Die westschweizerische Buchdruckerschaft hat Kollektiv-Forderungen eingereicht. Sie fordert Gleichstellung mit den Arbeitelöhnen der deutschen Schweiz.

Wiederbeginn der englischen Gefangenentransporte.

Die die Hamburger Marine-Schiffsbeschäftigungskommission mitteilt, ist das englische Verbot des Auslaufens der deutschen Gefangenentransportdampfer gestern zunächst für vier Dampfer aufgehoben worden...

Koalition und Ideal.

Von Philipp Scheidemann.

Am 11. September habe ich in Kassel gesagt: Ich halte die gegenwärtige Parteikonstellation weder für glücklich noch für dauerhaft. Wenn wir schon nicht allein regieren können...

Aus diesen und verwandten Gedankengängen hat die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung zugestimmt.

Die Demokratie hat ihre Plündertrüme in ungehobtem Umfang reifen sehen! Alles, was die Revolution politisch gebracht hat, war Erfüllung ihrer Programmpunkte!

Stetiglicher sind wir in wirtschaftlichen Fragen. Die Rede des Abgeordneten und heutigen Ministers Schäffer nach der Ratifizierung des Friedens war deutlich.

Alle diese Erwägungen hindern eines nicht: daß wir ehrlich und voll guten Willens in die neue Koalition hineingehen! Darauf können sich die Demokraten verlassen.

streben ist die Einigung einer Klasse und nicht das Bündnis von Parteien. Unter Zugrundelegung mit Zentrum und Demokratie darf keine Abtätigung an das Ideal bedeuten, sonst stünde vor uns die furchtbare Frage: Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele? Kein Wohlvochtel und keine Parlamentsmehrheit könnte die Wunde heilen, die wir dem Proletariat schlugen, wenn wir an der Notwendigkeit seiner Einigung und an dem endlichen Zustandekommen dieser Einigung nicht arbeiteten oder gar bezweifeln!

Die Koalition kann gute, kann dauerhafte Gesetze machen; aber erst die geeinigte Arbeiterklasse kann ihre freudige Befolgung bringen und sie damit zu lebendigem Leben erwecken.

Polnisch-sozialistische Politik.

Einem führenden polnischen Genossen verdanken wir folgende Mitteilungen:

Nach den Ereignissen in Oberschlesien kam in Polen eine nationalistische Kriegsstimmung auf, der aber die Zeitung der P. P. S. entschieden entgegentrat. Man muß bedenken, daß die polnischen Sozialisten im ehemaligen Rußisch-Polen an unterirdische Arbeit gewöhnt waren, daß ihnen jede Behörde als Feind und die Polizei als Stütze der Bourgeoisie erschien, und daß sie in der Vorstellung lebten, wenn es irgendwelche Tumulte gebe, gleichgültig von wem sie ausgeben, müßten die Sozialisten dabei mittun. So kommt es, daß sich unter den Opfern der Ereignisse in Oberschlesien besonders auch Sozialisten befanden.

Im Landtag, der nach einem sehr demokratischen Wahlrecht gewählt ist und dem aus Ostgalizien die früheren österreichischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten angehören — es konnten dort wegen der Kämpfe mit den Ukrainern Wahlen nicht stattfinden und die ukrainischen Abgeordneten sind ferngeblieben — haben die Sozialisten zwar nur zehn Prozent der Mandate, aber der Wahrheit gemäß muß gesagt werden, daß sie den Intelligenzen in ihrer Fraktion einen weit größeren Einfluß verdanken.

Auch in Polen gibt es Arbeiterräte. Aber da ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten sich als unmöglich erwies, zu denen sich auch die Linke der P. P. S. und die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen" geschlossen haben, unmöglich war, ist eine Trennung erfolgt, und es gibt Arbeiterräte beider Richtungen.

Unter der Landbevölkerung ist die Zahl der Bauer und der Landlosen sehr groß, und sie stehen stark unter dem Einfluß der russischen Bewegung. Trotz aller Anstrengungen der mit gewaltigen Geldmitteln arbeitenden Kommunisten und trotz der Enttäuschung darüber, daß gewisse radikale Forderungen nicht erfüllt werden können, liegt die Forderung dieser ländlichen Schichten bei der P. P. S. Das Steigen der Kohlenförderung auf den Felsen beweist, daß auch bei den Bergarbeitern der Einfluß der Sozialisten den der Kommunisten überwiegt. Unter den bäuerlichen Vertretern im Parlament ist die Oberstadt stark vertreten, die im Lande selbst nicht ausschlaggebend ist. Mit einer Stimme Mehrheit hat das Parlament die Agrarreform beschlossen, wonach als Höchstmaß für privaten Landbesitz 100 Joch, das sind 160 Hektar, festgesetzt werden. Ausgenommen sind Wirtschaften, welche als Musterwirtschaften anerkannt oder als Industriebetriebe aus größeren Grundbesitz ausgewiesen sind. Was über dieses Maß hinausgeht, wird gegen Entschädigung beschlagnahmt und zur Ansiedlung benutzt, wobei besetzte Landlose bevorzugt werden. Die Genossenschaften der Beschäftigten werden in erster Linie berücksichtigt und erhalten Privilegien. Selbstverständlich gemäß diese Reform unseren Forderungen nicht, aber wir standen vor der Wahl, alles beim alten oder einen kommunistischen Aufruf über uns ergehen zu lassen. Natürlich zogen wir den Ausweg vor, der an Stelle einer kleinen Gruppe

übermächtiger Besitzer eine große Zahl demokratischer Bauern setzt.

Der polnische Bauer ist zwar streng katholisch, aber nicht kirchlich, besonders dann nicht, wenn es sich um den Grundbesitz der Kirche handelt. Die Mehrheit des Parlaments hat zwar die Enteignung dieses Besitzes abhängig gemacht von der Einwilligung des Papstes, indessen ist die Uebergabe des kirchlichen Besitzes bereits ziemlich sicher.

Bei dem geringeren Umfang unserer Industrie und bei ihrer ungeheuren Schädigung durch den Krieg ist die Sozialisierungsfrage in Polen noch nicht so weit gediehen wie in Deutschland. Den Achtstundentag haben wir eingeführt, der Salzbergbau ist Staatsmonopol und die Mehrheit des Parlaments ist entschlossen, auch den Kohlenbergbau zu sozialisieren. Darunter verstehen die polnischen Sozialdemokraten, daß der Kohlenbergbau der privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen, also verstaatlicht wird. Eine zu weitgehende Verstaatlichung der einzelnen Betriebe würde nach der Meinung unserer polnischen Genossen leicht die Arbeiter in die Rolle der Ausbeuter der Gesamtheit bringen.

Das polnische Volk ist nicht antideutsch, wohl aber ist es durch die Ostmarschenpolitik erbittert gegen das Altprekamentum und seine Autoritätsansprüche. Im Interesse der künftigen Beziehungen ist es sehr zu wünschen, daß Rückfälle in diesen Ton vermieden werden.

Das Verhalten der Grenzsicherungsgruppen bei der Niederwerfung des Aufstandes in Oberschlesien ist leider von schweren Mißbräuchen nicht frei gewesen, die um so mehr Erbitterung hervorriefen, als man gewohnt war, die deutschen Soldaten früher in strenger Disziplin und noch bestimmten Gesetzen handeln zu sehen. Bei diesen Ereignissen in Oberschlesien trat auf Seite der Grenzsicherungsgruppen der nationale Gegensatz hervor, sie mühten ihre Macht gelegentlich aus, um Kundgebungen gegen Polen und für Deutschland zu erzwingen und den Leuten, die ja auch nach der Meinung unseres Gewährsmannes nicht aus lauter Eiteln bestehen, Demütigungen aufzuerlegen. Und das geschah — vor einer Volksabstimmung!

Eine Verfassung hat der polnische Staat noch nicht. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer, denn es handelt sich um drei Teilkreise, die 150 Jahre lang voneinander getrennt waren und unter den Geleiten und Einflüssen dreier Reiche standen. Unsere Genossen fordern möglichst baldige Revision der Verfassung und sind gewiß dabei gut absichtend. Einstweilen ist in Polen noch alles im Werden, der Nationalismus ist noch sehr stark. Dem Friedensvertrag haben unsere Genossen nicht zugestimmt, weil er die polnische Frage ohne Befragung Polens löst, weil er für Polen schädliche Bestimmungen enthält, wie zum Beispiel die Internationalisierung der Weichsel und weil er ein Diktatfrieden ist.

Der Krieg gegen Rußland ist nicht ein Krieg gegen den Bolschewismus an sich, sondern gegen das Rußland, welches Polens Selbständigkeit nicht anerkennen will. Mit Litauen wünscht Polen gemäß einer Proklamation Plünderkrieg in Frieden und Freundschaft zu leben und die Parliamentsmehrheit hat dieses Programm gebilligt. Wenn etwas den polnischen Nationalismus stärken kann, dann ist es die Bekräftigung eines künftigen Zusammengehens zwischen einem neuen Rußland und einem nationalistischen Deutschland. In Polen wächst die Erkenntnis, daß man einer solchen Entwicklung auch dadurch vorbeugen muß, daß man den Wiederaufbau des demokratischen Deutschlands in keiner Weise erschwert.

Die Wassermühle mit erheblicher Energie. Unser Freund, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Oberfahren, beklagte sich in einer kleinen Anfrage, daß in Schleswig-Holstein die geologisch vorhandenen Wassermöhlen mit erheblicher Energie nicht genügend ausgenutzt werden. Offenbar denkt Herr Dr. Oberfahren immer noch mit Behagen an seine mißglückte Forderung der Soldatenversammlung, wo er seine Wassermühle mit erheblicher Energie, aber ohne jeden Erfolg hat laufen lassen.

Das Urteil im Offenbacher Kommunistenprozess.

(Drahtbericht unseres Darmstädter Korrespondenten.)

Das Darmstädter Schwurgericht fällt am Donnerstag das Urteil im Offenbacher Kommunistenprozess. Sämtliche Angeklagten wurden des Mordes, des Landfriedensbruchs und der Händelsführerschaft für schuldig erkannt.

Die Urteile lauten: Eisenreich 8 Jahre Zuchthaus, Lang 6 Jahre Zuchthaus, beide Urteile sind mit zehnjährigem Ehrenrecht verlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verbunden. Badhardt erhielt unter Jubilation mildernder Umstände 3 Jahre Gefängnis bei fünfjährigem Ehrenrechtsverlust, Frau Braun 1 Jahr Gefängnis.

Lang beantwortete das Urteil mit dem Rufe: „Hoch lebe Spartakus!“

Bei dem Tusch waren 20 Menschen getötet und viel verwundet worden, außerdem waren umfangreiche Plünderungen vorgenommen.

Die neuen demokratischen Minister.

Nach Meldungen der „Post. Sta.“ werden die Demokraten in das Reichsjustizministerium den Abg. Schiffer entsenden, der gleichzeitig auch die Vizepäsidentenschaft übernehmen wird. Für das Ministerium des Innern ist Oberbürgermeister von Düsseldorf Abg. Dr. Koch in Aussicht genommen, der sich trotz ursprünglicher Bedenken zur Annahme des Amtes entschlossen hat. Für das Ministerium für Kriegsbeschädigten und Wiederaufbau kommt vielleicht eine Persönlichkeit in Frage, die außerhalb der demokratischen Partei steht. Man will dieses Amt der besten verfügbaren Kraft im Lande übertragen.

Die endgültige Regelung des Eintritts der Demokraten in die Reichsregierung wird heute kaum erfolgen können, da der Reichspräsident noch zur Befestigung der internationalen Finanzkrisis in Frankfurt am Main ist.

Die Kosten der Soldatenräte.

Die Abgeordneten Gen. Seilmann und Löhbe haben in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

Das Reichsfinanzministerium hat am 9. August eine Anfrage des Abgeordneten Schiffer (Magdeburg) über die Finanzabdeckung der Arbeiter- und Soldatenräte beantwortet, und zwar in einer Weise, die einseitig, irreführend und zum Teil nachweislich falsch ist. In der Antwort wurde eine Gesamtabericht über die Kosten der A. S.-Räte in Aussicht gestellt.

Ist die Reichsregierung bereit und in der Lage, zugleich mit dieser Gesamtabericht, soweit es irgend zu ermitteln, anzugeben wieviel von den Kosten der A. S.-Räte entfallen

1. auf notwendige Verwaltungsausgaben in Folge der Kopffloßigkeit und des Verfallens militärischer und ziviler Behörden während der Revolution;
2. für die Durchführung teilweise aufgelöster Truppenteile in die Heimat;
3. für die Verpflegung solcher Truppen;
4. für den Abtransport von aufgelösten Truppen aus zahlreichen Garnisonstädten;
5. für die Befolgung von Sicherheitsmannschaften zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung?

Ist die Reichsregierung ferner bereit und in der Lage, anzugeben, welche Werte, insbesondere an Heeresgut, durch das Eingreifen der A. S.-Räte für die Allgemeinheit gerettet worden sind?

Seit wann und auf welche Weise hat sich die Reichsregierung bemüht über die positiven Leistungen der A. S.-Räte Material zu erlangen?

Eine genaue Beantwortung dieser Frage würde zweifellos ein ganz anderes Bild von der Wirksamkeit der Soldatenräte ergeben, als es jetzt in der bürgerlichen Presse gezeichnet wird.

Die schweizerische Sozialistenpartei entsandte den Genossen Nationalrat Paul Grader als Delegierten zum italienischen Sozialistenkongress in Bologna. (Eigene Meldung.)

Homburg vor der Höhe.

Die Spielhölle.

Die Bank in Homburg. Mein Vater hat mir immer davon erzählt. 1872 war es, als die Bank von Homburg aufgehoben werden mußte. Von Geseß und Rechts wegen? Monte Carlo, Monaco, Ostende wurden dann für die modernen Glücksspieler eröffnet.

Ich weiß nur, daß mein Vater als einfacher Gesell zwei oder dreimal in seinem Leben nach Homburg gefahren ist, um sein Glück zu probieren. Mit vier oder fünf Gulden in der Tasche. Stolz beirte er mir später, daß er jedesmal gewonnen habe. Mit fünf oder zehn Gulden Gewinn in der Tasche ist er nach Frankfurt zurückgekehrt. Jeden Gulden waren damals viel Geld. Was sind da heute ein paar blaue Zappen dagegen.

Nun war die Bank von Homburg Jahrzehnte verboten. Erst die Revolution hat sie wieder zu neuem Leben erweckt. Es hat sich in Homburg und Bad Nauheim ein Spielhaus gebildet, mit dem ein im ersten Stock des Kurhauses. Da prangt in der Wandelhalle über einer erleuchteten Tür das Firmenschild:

„Das internationale Kasino.“

Strenge erklüßt ist der Klub, damit ja kein Unberufener, kein Unberühmter herein kommt.

Meine Neugierde trieb mich in die Tür hinein, durch die verächtliche, rote rote Ampeln wie Klippfeuer leuchteten. Der Vorraum würde sagen wie am Eingang zu „Numero trois“. So herzlich willkommen sind die Farben. Jerberus hält in vornehmübigen betrachter Uniform Wache vor dem Spielertische. Er wies mich zurück.

Auf meine bescheidene Anfrage: „Kann man wenigstens nicht mal durchgehen?“ wurde mir die abweisende Antwort: „Es ist eine streng geschlossene Gesellschaft, aber wenn Sie sich anmelden, können Sie nach drei Tagen als Mitglied aufgenommen werden.“

Was wird gespielt? — „Baccarat!“

Ich bin nun nicht in dem Spielhaus gewesen, aber ich kann mir das gut vorstellen. Siehe die Banknotendeckelungen mit dem Bild von Thron und Altar, die von ihrer Spitze im Osten nach Homburg zur „Tür“ gekommen sind. Daneben fettigste Kriegsgeheimnisse mit glänzenden Gesichtern. Und Spieler von Beruf. Siehe die Banknoten hergehob, keine Goldstücke wie früher. Die sind ja so rar geworden. Und sehe, wie Leute mit gelassener Miene Tausende... Tausende verpielen. Die vorgestern vor ihrer Samalabschließung jedes Markstück dreimal herumdrehten, ehe sie es ausgaben.

Im „Blauen Salon“ klammern die Genießer „ohne Karten“. Draußen vor den Fenstern des Kurhauses aber hungern die Armen. Dort haften sie in niedrigen Dachmansarden mit den schwindelhaften Dachentwürfen, das kein Licht, keine Luft, keine Sonne hereinläßt. Mann und Frau mit acht Kindern toben, wohnen und schlafen in dem kleinen Raum von drei zu fünf Meter im Gebirg. Drinnen ein Pressen und Vergenden.

Draußen Frau Sorge und die Not!

Der Leichentanz.

Während sie ohne Rücksicht auf die Not der Zeit zum Vergnügen spielen, schwingen sie unten auf der Bühne des Theaters das Tanzbein um die Keiserkrone von Deutschland.

Selbstverständlich in vornehmster nobilistischer Aufmachung. Nonozell und blühende Hüften und Frauenrücken leuchten. Gehäugte Hosenkanten. Smoking und Frack. Glänzende Lackschuhe, blühende Hemdenbrüste und Stiefeln — chinesischen Mannern gleich — bei männlichen Puppen.

Bei den weiblichen: Seidentücher, in der belgischen Sprache geklaute Krüssler Spitzen. Frau-Frau-Ansieren. Spinnwebdünn Seidenfussstiefeln. Nur tieferste Röcke. Viele Frauenbeine. Stiefel aus Seide, Wildleder in allen Farben mit leibnartigen Stöckelabsätzen.

Und sie tanzen, als wenn es um die ewige Seligkeit ginge. Schmiegen und biegen sich. Jetzt lächeln, dann melancholisch. Dann wieder ausschäumend geil.

Und sie tanzen die Tänze, die ihren Ursprung in den Regenthalten Amniss, in den Hafenweibern Rio de Janeiro und in den Dirnenlokalen von Buenos Aires haben.

Deutschland liegt fast im Sterben. Obdachlos sind viele... viele Tausende. Seuche, Tuberkulose senft Zehntausende von Proletariatskindern schon in der Wiege garbenweise nieder.

Diejenigen aber, die all das Elend heraufbeschworen, die kriegerischen Offiziere (nummehr a. D.), die inoffiziellen Mono-Godels, die Kriegsgewinnler und Schieber und ihre Söhne und Töchter merizen, tanzen und for-trollen. Tanzen wie Wahninnige... wie von Taranteln Gestochene.

International Erlaubtes.

Doch ich bin entwaffnet. Der Direktor des Bades erklärt mir:

„Homburg soll wieder ein internationales Bad werden. Daher der Spielklub, darum das Tanzturnier.“

Doch... a propos: Internationales Bad!

Die gleichen Staatsdrohen und Lebernationalen und All-deutschen, die in jedem Franzosen, Engländer, Japaner zu Kriegerbeginn den „Schutt“ haben, die vor allem, was international heißt, drei furchtbare Gottesheimsstrenge schlugen, luden nun trumpschaft mit allen Mitteln der Reklame die „Schulte“ von gestern wieder anzuladen.

Nur die pazifistische und sozialistische Verdrüberung war ihnen verfehlt. Dabei ließ sich nichts verdienen. Die internationale Verdrüberung der Schieber war ihnen und ist ihnen heute noch inmpathisch.

Darum hoch die Spielbank, das Tanzturnier, das internationale Bad und... das internationale Schieberturnier.

Thoma-Ausstellung im Berliner Museum. Zum 80. Geburtstag Hans Thoma hat das Kaiserlich-königliche Berliner Museum im Ausstellungsjaal seiner modernen Abteilung eine Aus-

stellung seines graphischen Werkes eröffnet. Nur Teile des überreichen Bilderbuches, den Thoma in Stein und Lithographie ausgeführt hat, können da gezeigt werden. Führt doch der Katalog von Thoma's graphischen Arbeiten über 500 Nummern. Als Volkstanz im alten und wahren Sinne hat ja der Meister besonders die Lithographie, die schwarze und die bunte, gepflegt und sie aus dem Kreis seiner Erfindungen seit den neunziger Jahren reichlich gepflegt. Das Museum hat aus diesem bisweilen etwas ungeschickten Gut das Beste zu einer schönen Heberschau vereinigt. Leider behinderte da offenbar etwas der nicht eben höchstwertige Besitz des Kabinetts grade an Thoma. Was er ererbte und was er konnte, das können die zu populären Preisen ausgedruckten vollständigen Steinbrüche und die von Kunstvereinen verbreiteten späten Abbildungen seiner Radierungen nicht zeigen. Nun hat das Kabinett, als es 1897/98 Thoma zu sammeln begann, wenig wählweise gerade diese Dinge gekauft und bisher nur um einigen Stellen es nachholen können, frühe Abzüge und Vorzugbrüche zu erwerben. Das mühte noch mehr als bisher geschehen. Denn das Berliner Museum muß auch ein erstklassiges Thoma-Werk besitzen. Der frühe glänzende Abdruck der sinnigen Radierung eines Schwarmvolkes, ebenso der einer Regentlandschaft neben tonlos gewordenen angebrachten Exemplaren zeigen gerade in dieser Anstellung, wie nur in den besten Plätzen der Thomase Genus sichtbar werden kann.

Zentraltheater: „Aufhängese“. Das schiere Herrfeld, nun Zentraltheater wurde mit Gmmerich Kalmann praktischer „Aufhängese“ eröffnet. Das ist Musik, deren Melodie und Rhythmus wie Champagner im Blute perlt, die durchweg jedweder Wohlwollen ausweicht. Dazu ein vorzüglich gearbeitetes Libretto voll Geschehens und toller Ausgelassenheit. Und schließlich ein Ensemble von brillanter Schulung, das eine vorzügliche, bis ins kleinste studierte Darstellung ermöglicht. „Kanonen“ sind bei dieser Metropolis-Theater-Truppe nicht. Das gereicht dem Ganzen jedenfalls zu keinem Nachteil; denn nunmehr kommt jeder, ob Soldat, ob Rebenpieler, zu Recht und Geltung. Es wird nicht bloß gut gespielt, sondern gleichzeitig wirklich gespielt. Paul Reimer, Elly Cerron, Selby Jansonij bringen neben sichtbaren himmlischen Qualitäten den Vortrag einnehmender Bühnenerhellung mit. Gustl Veer ist ein glänzender Komiker. Ideo Kallus, August Kreischer haben gleichfalls die Lächer auf ihrer Seite. Es war Leben und Passigkeit in dieser Aufführung.

Reichswappen und Reichsadler hat die Regierung aus einer Reihe von Vorschlägen ausgewählt, die der Heraldiker Prof. Emil Doepler d. J. in Berlin entworfen hatte. Kaiser liefert die graphische Ausführung W. Büxtenstein in Berlin, Friedrichstr. 240.

Wir hätten es lieber gesehen, wenn das neue Reich sich von der Zoologie des Primaten in der Wappengestaltung besreit hätte. Es gibt bessere Embleme der kaislichen Republik als das Reichswapp, das zudem in vielen anderen Wappen wiederkehrt. Man hätte die Künstler aufrufen sollen — freilich anders als bei der Auszeichnung der jüngsten Biermarken. Der einzige Trost bei der Wiederbelebung des Totenkopfes ist noch, daß Doepler eine reine heraldische Form gewähleitet. Freilich die unwürdige Kraft und Schönheit, die im mittelalterlichen Tierwappen so prachtvoll herauskommt, ist uns heute verflücht.

Drohungen wegen der Golt-Truppen.

Die „Times“ kündigen die Einstellung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland, die Wiedereinführung der Blockade und — merkwürdigerweise erst dahinter — ein kurzfristiges Ultimatum an Deutschland wegen der Räumung des Baltikums durch die Golt-Truppen für Ende Oktober an. — Demgegenüber ist festzustellen, daß die Entente keine Festbestimmung enthält und auch noch gar nicht beantwortet ist. Man wird also annehmen dürfen, daß bei der „Times“-Redaktion der Kriegshäufige Wunsch der Vater des journalistischen Gedankens gewesen ist.

Aufruf der Reichsregierung an die baltischen Truppen

Wie die R. P. R. aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist für Sonnabendfrüh ein Aufruf der Reichsregierung an die baltischen Truppen zu erwarten.

Das „Buchhändlerbörsenblatt“ als Zensur.

Die „Weltbühne“ berichtet einen Fall von Ueberheblichkeit, der unglaublich wäre, würde er nicht bewiesen. Das „Buchhändlerbörsenblatt“, das offizielle Organ des deutschen Buchhandels, versteht sich, das Inserat eines Buches von Professor Nicolai: „Sechs Tafeln zur Beurteilung der deutschen Machtpolitik“, dem Freien Verlag mit folgender Begründung abzulehnen:

„Ihr uns mit Aufruf vom 28. August ausgegebenes Inserat betr. Nicolai bedauern wir ablehnen zu müssen, da wir es nicht als die Aufgabe des Börsenblattes betrachten, durch Abdruck derartiger Aufstellungen auf der Verbreitung von Werken mitzuwirken, deren Tendenz auf die Herabsetzung der deutschen Armee und ihrer ehemaligen Führer gerichtet ist.“

Das ist der Gipfel der Annäherung und bedeutet praktisch die Ausübung einer politischen Zensur durch die Redaktion des Buchhändlerbörsenblattes. Sie bestimmt, was der Deutsche zu lesen hat und was nicht.

Es kann als selbstverständlich betrachtet werden, daß das Buchhändlerbörsenblatt von geeigneter Stelle eines Besseren belehrt wird.

Kleine politische Nachrichten.

Die Eisenbahn. Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell ist in München eingetroffen, um im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung und den Verkehrsorganisationen ein Verkehrsvereinbarungsprogramm zu entwickeln. Bell selbst berichtet, daß bei der Durchführung der Verkehrsvereinbarung — ein sehr schönes Wort — doch so viel Rücksicht auf die Eigenart des bayerischen Volkes genommen werden soll, daß man die Oberste Zentral-Eisenbahnbehörde für Bayern mit Landesbahnen besetzt will. Angesichts der Wichtigkeit des Verkehrsweidens hätten wir es für gerechter gehalten, wenn man dazu Erwachsene genommen hätte.

Der Kaiserat hielt Donnerstag unter Vorsitz von Elementen eine Sitzung ab und ernannte die Kommission, die die Frage des Militärtransports der deutschen und österreichischen Kriegsgesangenen aus Sibirien studieren soll. Der Rat beschloß, den russischen Kreuzer Bolin, den die englische Marine im Schwarzen Meer gesunken hat, dem General Denikin zur Verfügung zu stellen. Schließlich legte der Rat die Bedingungen fest, unter denen der deutsche, der österreichische und die neutralen Delegierten zur Internationalen Konferenz für Arbeiterrecht nach Washington reisen können.

Arbeitsbeschaffung für Reichswehrangehörige. Vom 1. Oktober ab sollen nach und nach 150 000 Reichswehrmannschaften entlassen werden; von diesen muß für drei Viertel Arbeitsgelegenheit organisiert geschaffen werden, und zwar zum Teil auch in der Forstwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister hat die Regierung ersucht, unverzüglich im Einvernehmen mit den Generalcommandos die erforderlichen Schritte zur Beschäftigung der zu entlassenden Reichswehrmannschaften zu tun.

Industrie und Handel.

Börse.

In der Börse gehalten sich das Geschäft zwar weniger lebhaft als an den letzten Tagen, immerhin konnte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte machen. Saluzapapiere allerwärts waren im Zusammenhang mit der letzten Befestigung, welche der Markt erreicht hat, vernachlässigt. Dagegen zeigte sich erneut lebhaftes Nachfragen für Kolonialpapiere, von denen die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft die Führung hatten. Rest war auch der Montanmarkt, wo namentlich abwärtsgerichtete Werte teilweise größere Kursgewinne erzielen konnten. Eisenpapiere und Rohwerte setzten gleichfalls die Steigerung fort. Der Anleihenmarkt war im allgemeinen ruhig, die Kurse wenig verändert. Von Schiffbauaktien war nur Deutsch-Australische Dampfschiffgesellschaft befragt. Banken waren erneut begehrt.

Groß-Berlin

Die Kohlenbeschaffung für die Gasanstalten.

Auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Gas- und Wasserwerke, die kürzlich unter großer Beteiligung von Vertretern der städtischen Gas- und Wasserwerke in Wiesbaden stattfand, wurde vor allem eingehend die Frage der Kohlenbeschaffung für die Gasanstalten erörtert. Es wurde schließlich eine Kommission eingesetzt, die sich nach besonders mit dieser Frage befassen soll. Es wurde allgemein als ungesund Zustand bezeichnet, daß bisher noch die Gasanstalten mit Schmelzlofen beliefert werden und nicht mit Kohlen und es wurde ebenso allgemein die Befestigung dieses Zustandes als dringend notwendig anerkannt. Zur weiteren Verfolgung dieser Frage wurde schließlich eine Kommission eingesetzt, die namentlich beim Reichshohenkommissar dahin vorstellig werden soll, daß die Gasanstalten derjenigen Städte, die unter Kohlenmangel zu leiden haben, nicht mehr nur Schmelzlofen erhalten, sondern ausreichend mit Kohlen beliefert werden. Die Gasanstalten sind selbst in der Lage, die Verkokung vorzunehmen und gewinnen dabei gleichzeitig Gas, wodurch sich naturgemäß ein doppelter Vorteil für die Bevölkerung ergibt. Im Anschluß an die Hauptversammlung hat in Baden-Baden die Gründung eines Gasfondskomitees stattgefunden, in dem nach und nach alle städtischen Gaswerke, etwa 1000 an der Zahl, zusammengeschlossen werden sollen.

Straßenbahn und Kriegsbeschädigte.

Aus wird geschrieben: Bisher gab es für die in den Lazaretten oder in ambulanter Behandlung befindlichen Kriegsbeschädigten eine beschränkte Anzahl von Freifahrtscheinen auf der Großen Berliner Straßenbahn. Vom 1. Oktober ab sind dieselben aber ungenügend und die Straßenbahn weigert sich, ferner freie Fahrt für den erwerbslos gewordenen Kriegsbeschädigten zu gewähren. Was sagen die Stadtverordneten dazu? Ist das der Fortschritt durch die Kommunalisierung? Aufjale Erklärung eines neuen Besatzes. Besuch der Kriegsbeschädigten, Kunstliebhaberwerkstätten usw. sind hauptsächlich die Kriegsverwundeten gezwungen, viel zu

fahren. Spandau, Potsdam und andere Kleinstädte sind in dieser Beziehung noch schlimmer und gewähren freie Fahrt für Blinde und Beinamputierte. Dasselbe bleibt Berlin nicht dahinter zurück.

Forderungen der inaktiven Unteroffiziere und Mannschaften.

Der Verband der inaktiven Unteroffiziere forderte in einer öffentlichen Versammlung der Regierung eine Teuerungszulage und eine Abfindungssumme bei der Entlassung. Der Referent Diller führte aus, daß die inaktiven Unteroffiziere das erste Anrecht darauf hätten, in der Reihenfolge zu bleiben. Die inaktiven werden wohl ohne Ausnahme entlassen werden. Sie fordern Sicherstellung ihrer Existenz. Der Reichswehrminister Klotze hat einer Vertretung des Verbandes versichert, daß seine Entlassung werden soll, bevor er Arbeit hat. Am 1. Oktober sind aber schon viele entlassen worden, die jetzt existenzlos auf der Straße stehen. In Berlin könnten 10 000 Mann Arbeit finden, wenn man ihnen die Stellen der in den Bureaus beschäftigten Damen einräumte. Die aus dem Doere Entlassenen haben es besonders schwer, Arbeit zu finden. Der Postlot gegen sie wird trotz seiner Aushebung immer noch durchgeführt. 50 Mann von uns, die Arbeit in einem Bergwerk bei Waddeburg gefunden hatten, mußten wieder entlassen werden, weil die dort beschäftigten Arbeiter es verlangten. Bei der Firma Berzmann in Berlin wurde einer unserer Kameraden, ein Bergbauingenieur, entlassen. Als bekannt wurde, daß er bei der Truppe war, wurde er auf Verlangen des Arbeiterrats, der mit dem Streik sämtlicher Arbeiter drohte, entlassen. Diese Beispiele lassen sich noch vermehren. Wir erinnern den Reichswehrminister an sein Wort, daß keiner entlassen werden soll, ohne er Arbeit hat. Wenn nichts für uns getan wird, kann das schlimme Folgen für die Regierung haben. Wir beanspruchen eine Abfindungssumme, da ja auch den Offizieren und den aktiven Unteroffizieren eine solche gewährt wird.

Anderer Redner betonte meist recht scharf, daß die Inaktiven auf ihren dem Reichswehrminister vorgebrachten Forderungen bestehen. Wenn nichts bewilligt werde, dann liegen sie bei den inaktiven Unteroffizieren und Mannschaften nicht abfallen, nach links abzuschwenken, wo man sie wahrscheinlich mehr berücksichtigen werde.

Weiter wurde ein Vorschlag des Reichswehrgruppenkommandos I besprochen, der den Mannschaften den Beitritt zum Verband der inaktiven Unteroffiziere verbietet. — Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche diesen Vorschlag als nicht zu Recht bestehend bezeichnet, da die Verfassung jedem Reichsangehörigen erlaubt, sich als freier Bürger Vereinigungen anzuschließen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein Juwelenschwinder und Schmied, der unter verschiedenen Namen in Offiziersuniform auftritt, wird von der Kriminalpolizei gefolgt. Es ist ein 27 Jahre alter, aus Arzfeld gebürtiger Kaufmann Bernhard Docters, der Sohn eines Juwelers. D. wurde eines Tages bei einer hiesigen Juwelergroßhandlung angeblich im Auftrag seines Vaters für über 35 000 M. Brillanten aus, die für einen belgischen Offizier bestimmt sein sollten. Die Großhandlung gab ihm die Juwelen ohne Bedenken heraus, um so mehr, als sie ein Telegramm erhalten hatte, durch das der alte Docters ihr die Ankauf seines Sohnes anbot. Auf seine Weise genährte sie dem jungen Manne auch noch ein Darlehen von 600 M. Die Großhandlung sah von ihren Brillanten und ihrem Gelde nichts wieder. D. hatte sie beschwindelt, das Telegramm selbst ausgedruckt und gefälscht. Einen anderen Gold- und Silberwarenhändler in Berlin betrog er um 6000 M. Eine hiesige Kaufmanns- und einem russischen Offizier schwindelte er für 31 000 M. Wechsel und Schuldscheine ab. Auch in Düsseldorf verübte er seine Schwindelereien. In Tronmünde wohnte er als Oberleutnant, geschmückt mit dem Orden Pour le mérite, dem Eisernen Kreuz 1. Klasse, dem türkischen Eisernen Halbmond und dem Fliegerabzeichen in einem Hotel. Als er nicht bezahlt werden konnte, schloß man Verdacht und ließ ihn festnehmen. Bei ihm fand man einen Handkempel der technischen Abteilung des Immobilien Kraftfahrzeugdepot I und Militärpapiere auf die Namen Erich Weimede aus Weichsel, Gustav Siebert aus Hodeborn und Bruno Graf aus Charlottenburg. Alles dies hat er wahrscheinlich zu Schwindelzwecken benutzt. Trotzdem wurde er aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Lübeck entlassen. Kriminalkommissar Krüger im hiesigen Polizeipräsidium entgegnete.

Zu den Rassenbiebählen in den Kasernen wird und geschrieben: Wenn die Außenwohnung und Herausgabe der Kasernen bei allen Behörden so leicht gemacht wird wie beim Eisenbahnregiment Nr. 1, dann muß man sich nur wundern, daß nicht täglich derartige Diebstähle vorkommen. Hier ist es nur nötig, daß zwei Mann, wenn die Kassee nicht so schwer ist, genügt auch einer, mit einem gestempelten Bittel zur Woche gehen. Diese Leute bekommen dann ohne weiteres Zutritt zum Kasernenraum und können dann mit der auf's Korn genommenen Kassee verschwinden. Schlüssel zu dem Kasernenraum selbst sind verschiedene vorhanden und ist es für Interessenten eine Kleinigkeit, sich einen solchen zu beschaffen. Irrendwellige Vorkehrungsmaßnahmen werden nicht für nötig gehalten. Als solche können in Frage: Herausgabe der Kassee zu einer bestimmten Stunde und von einem bestimmten Beamten, der imstande ist, die Legitimationen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, da der Wachhabende dazu gar nicht in der Lage ist, weil er täglich wechselt. Ferner müßte von der abholenden Dienstinstele der Hauptmeister oder dessen Vertreter als Begleiter fungieren.

Der neue Holzpreis für Rindbölder beträgt für Inlands- und Auslandsbölder 1,30 M. für 10 Schacheln. Für Auslandsbölder dürfen auf keinen Fall höhere Preise gefordert werden. Einwoige Ueberforderungen sind zur Anzeige zu bringen.

Zur Beachtung für Vortragredner. Der Bezirksbildungs-ausschuß E. P. D. Groß-Berlin, SW 68, Lindenstr. 3 (Telephon Wortplatz 14 714), hat kürzlich an die parteigenösslichen Redner einen Fragebogen gelangt mit der Angabe von Themen für wissenschaftliche Vorträge. Die Fragebogen sind bisher nur zum Teil zurückgegeben worden. Wir erlauben die in Betracht kommenden Genossen, dies umgehend nachzuholen. Ferner können alle Redner, denen ein Fragebogen nicht zugesandt wurde, einen solchen durch den Bezirksbildungs-ausschuß nachbestellen. Da es für die parteigenössliche Bildungsarbeit wichtig ist, recht bald einen Ueberblick über die uns zur Verfügung stehenden Vorträge- und Lehrkräfte zu erhalten, erlauben wir alle Parteigenossen, unserer Aufforderung recht bald Folge zu leisten.

Volkerverkehr mit dem belagerten Gebiet. Zwischen dem unbesetzten Deutschland und der belagerten Zone der belagerten Reichsteile können von jetzt an in beiden Richtungen auch verschlossene Briefe in Privatangelegenheiten jeder Art befristet werden.

Auskunft in Gaudangestelltenfragen in Charlottenburg, jetzt Berliner Str., Eingang Wilmersdorfer Str., nachmittags 9—11 Uhr.

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. Für rund 100 Kinder soll die Waldschule bis zum 15. Dezember geöffnet bleiben. Es fanden 200 Kinder Aufnahme. Alle Schweregefallenen der Verpflegung wurden überwunden, so daß der größte Teil der Kinder am Schluß des Sommerhalbjahres als wiederhergestellt entlassen werden konnte. Auch bei den 100 Kindern welche bis zum 15. Dezember verbleiben sollen, hat sich der Gesundheitszustand zwar gebessert, doch sind die erzielten Erfolge nicht so stark, daß eine vorzeitige Milderung dieser Kinder in die ungenügenden baulichen Verhältnisse nicht eine Gefahr für sie bedeuten würde. Die angeforderten 20 000 M. Mehrkosten wurden einstimmig bewilligt. Dem Tonkünstlerverein wurde zur Erweiterung der Ruffallen-

Ausleihstelle ab 1. Oktober eine erhöhte Subvention von 10 000 M. bewilligt. Der Verein hat sich demgegenüber verpflichtet, die Charlottenburger Zweigstelle mit einem Bestand von 2000 Nummern auszustatten und diese an drei Wochentagen unentgeltlich an Charlottenburger Einwohner auszuliehen. Die Vorlage betr. „Ruflohn“ und Hinterbliebenenversorgung wurde einem 15 gliedrigen Ausschuß übergeben.

In der Debatte über die Vorlage betr. Erweiterung der freien Kurie zur Fortbildung erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen wurde verlangt, daß auch Vorlesungen über wissenschaftlichen Sozialismus und Marxismus in den Lehrplan aufgenommen werden sollen. Der Lehrplan gelangte zur Annahme. Die eingebrachten Wünsche wurden einem 15 gliedrigen Ausschuß übergeben, welcher nach Ablauf des jetzigen Lehrplanes einen neuen aufstellen soll, in dem alle eingebrachten Anträge berücksichtigt werden müssen.

Ueber die Änderung des Pflegegeldes im Bürgerhaufe ist in einem Ausschuß beraten worden. Der von den Sozialdemokraten und Unabhängigen erhobene Forderung, an Stelle von Wand-burger Ordensschwwestern freie Schwestern heranzuziehen, ist dadurch erfüllt worden, daß sich der Magistrat verpflichtet hat, geeignete freie Schwestern nach Möglichkeit einzustellen.

Zur Befestigung der Wohnungsnote ist die Schaffung von Kleinwohnungen durch Aufführung von Leichtbauten beschlossen worden. Der Ausschuß empfiehlt massive zweistöckige Gebäude zu errichten. Es werden dadurch statt 50 Wohnungen 180 Wohnungen geschaffen, auch kann dann die Verteilung der Gebäude auf den zur Verfügung stehenden Baugrund in der Kiebnahtrahne zweckmäßiger vorgenommen werden. Zu unbefestigten Stadtraten wurden gewählt die Genossen Ahrens, Dr. Schumann, Dr. Penzig und Gebert. Zum Provinziallandtage wurden gewählt die Genossen Dr. Vorkardt und Herbig.

Ein Antrag beschäftigte sich mit der Benugung der Auguste-Victoria-Schule durch Militär. Magistratsrat Dr. Rißler begutachtet den Antrag und bezeichnet den Zustand, daß 80—80 Soldaten für zehn 600 Mädchen den ordnungsmäßigen Schulbesuch unmöglich machen, für unhaltbar. Auf mehrfachen Drängen des Magistrats ist dann endlich der Befehl erfolgt, daß am 1. Oktober die Schule geräumt sein muß. Ein Teil der Soldaten ist bereits abgerückt, nur einige Mann, welche die Kammerkassen überwachen, halten sich zurzeit noch im Gebäude auf.

Ein einstimmig angenommener Antrag der Demokraten ersucht den Magistrat, von der Hofkasselle Groß-Berlin zu verlangen, daß vor Neubau von Kohlenlastenabfuhr die schon über-gewiesenen Abstände erst beliefert werden müssen. Zum Schluß beauftragte der Stadtverordnete Dr. Krüger die Versammlung noch einige Minuten, indem er mit Oberlehrer-Polhos und trompeten-starker Stimme das wilhelminische Zeitalter pries und für die Verewigung einiger Stränder und Rasenflächen im Charlotten-burger Schlossgarten die neue Zeit und die jetzige Regierung verantwortlich machte.

Kaufmänn. Kartoffelversorgung. Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß die Ursachen der unzureichenden Belieferung in der Nichterfüllung der Lieferpflichten der der Stadt Kaufmänn. zu-zuteil Heberdarlehens zu suchen sind. Kaufmänn. dieselben an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gehindert sind, läßt sich nicht ohne weiteres übersehen. Es steht fest, daß der Wagonmangel eine wesentliche Schuld trägt. Der Lebensmittel-ausschuß und der Magistrat haben sich eingehend mit der Frage beschäftigt. Direktor Wilms von der Reichsstatistik-halle hat bereits die zur Lieferung verpflichteten Kreise angewiesen, Kaufmänn. in der Lieferung zu bevorzugen. Eine Besserung ist bis heute noch nicht eingetreten. Der Lebensmittel-ausschuß hat mehrere Komitee und Stadtverordnete beauftragt, in den einzelnen Lieferkreisen die Ursachen der verzögerten Lieferung fest-zustellen und sofort an Ort und Stelle Abhilfe zu schaffen. Es besteht die Hoffnung, daß die mangelhafte Kartoffellieferung Ende dieser oder Anfang nächster Woche vollkommen ausgeglichen werden kann.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Banken. Für Auslandsreisen können als Gehalt während in doppelter Menge entnommen werden. Ab heute 125 Gramm Küster No. 35. Friederichsdehle. Eine halbe Kondensmilch für alle Kranken im Besitze einer Vollmilchkarte für Oktober. Alle Kinder bis zum 6. Lebensjahre 1/2, Kind im Alter über 6 J. Alle Kinder bis zum 7. Lebensjahre je 1/2, Kind im Alter über 6 J. bis zum 7. Lebensjahre je 1/2. Bis morgen 250 Gramm ausländisches Weizenmehl (85), bis 5. Oktober 70 Gramm Margarine (R 17), 800 Gramm Rubeln, 150 Gramm Gaherioden, 250 Gramm Weizenmehl.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. und 4. Abteilung. Morgen Sonnabend 7 Uhr, Nationalhol-, Bilanzstr. 27: Herbstfeier unter Mitwirkung des Berliner Gesangs-Vereins, geleitet von Albert Burger (Registationen), anschließend Tanz, Einladungs-K. 1 bei den Abteilungsmitgliedern.

Gewerkschaftsbewegung

Der Metallarbeiterstreik.

Der Streik hat in den beiden letzten Tagen keine weitere Ausdehnung erfahren. Neue Betriebe sind in den Zustand nicht einbezogen worden. Wie wir im Reichsarbeitsministerium erfahren, ist der Entschluß der Streikleitung, ob sie sich mit dem am Mittwoch gemachten Vorschlägen des Reichsarbeitsministers ein-verhandeln erklärt, bis zur Stunde noch nicht eingetroffen. Die Antwort dürfte kaum der Nachmittag zu erwarten sein. Wie wir weiter hören, werden die anschließenden Verhandlungen, falls die fünfzehrtenkommission auf den Vorschlag Minister Schülers ein-geht, erst in den nächsten Tagen stattfinden, da die sofortige Auf-nahme der Konferenz am heutigen Tage aus technischen Gründen nicht möglich sein dürfte.

Die Schlosser und Mechaniker der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn haben am gestrigen Donnerstag nachmittag die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

Der Zustand der gestern nach dem Städtischen Krankenhaus ge-brachten Verwundeten kann als den Umständen entsprechend gut angesehen werden. Lebensgefahr besteht bei keinem der Verletzten. Der verhaftete Abg. Prühl ist noch gestern abend freigelassen worden.

Die Firma Fris Kilian, Maschinenfabrik, Lichtenberg, ersucht um Aufnahme folgender Zuschrift:

In Nr. 208 vom 2. Oktober bringen Sie den Bericht der Streikleitung, in welchem dieselbe u. a. ausführt, daß die Unter-nnehmer sich nicht scheuen, bei Anbitterungen auch Lehrlinge aus-zulernen.

Siermit soll zum Ausdruck gebracht werden, welcher Terror von Seiten der Unternehmer in diesem Kampf zur Anwendung ge-bracht wird!

In meinem Unternehmen haben die Kräfte die Arbeit nieder-gelegt und die Lehrlinge mit herausgezogen — trotz meines Protestes.

Beschaffungsbeihilfe für Postaussteller.

Der Reichspostminister erklärte heute morgen im Hauptauschuß, daß den Postausstellern eine Beschaffungs-beihilfe erteilt werden sei und zwar für Berlinerte 600 M., für Ledige 400 M., und für jedes Kind 200 M.

